

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/98

24. Mai 1976

Der Staat darf nicht zur Beute von Interessengruppen werden

Öffentliche Dienstleistungen sichern die Lebensqualität
der Bürger

Von Karl Liedtke MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik und Mitglied
des Vorstandes der SPD-Fraktion

Seite 1 und 2 / 80 Zeilen

Energie für heute und morgen

Anmerkungen zu einem existentiellen Problem

Von Albert Osswald MdL
Hessischer Ministerpräsident und Landesvorsitzender der
SPD Hessen

Seite 3 / 46 Zeilen

Wichtiger Schritt auf einem langen Weg

Die Sowjetunion läßt Kontrolle von Kernanrangungen zu

Von Alfons Pawelczyk MdB
Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für Abrü-
stung und Rüstungskontrolle

Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

CSU-Minister als "geteilter" Ehrenbürger

Beispiel Nördlingen: Der politische Stil der Strauß-
Partei

Seite 6 und 7 / 52 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Haussellen 2-10
Postfach: 520 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 08 65 848 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11

Der Staat darf nicht zur Beute von Interessengruppen werden

Öffentliche Dienstleistungen sichern die Lebensqualität der Bürger

Von Karl Liedtke MdG

Vorsitzender des Arbeitskreises
Innenpolitik und Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion

Bei der Wahl am 3. Oktober geht es darum, Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit unseres Staates im Dienst für die Bürger zu sichern und darüber hinaus auszubauen. Er muß unsere Gemeinschaft weiter frei, gerecht und solidarisch gestalten können.

Die Sozialdemokraten treten für einen Staat ein, der für ein Höchstmaß an Freiheit seiner Bürger sorgt. Nicht alle Unfreiheiten und Zwänge des Bürgers können zwar z. B. im Arbeitsleben unserer moderner Industriegesellschaft beseitigt werden. Eine humane Gesetzgebung kann jedoch dem Arbeitgeber viele Sorgen abnehmen. Außerdem: Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte am Arbeitsplatz und am Unternehmen wahren auch persönliche Interessen. Seit 1969 wurde vieles erreicht. Noch mehr bleibt zu tun, damit sich jeder in der Geborgenheit unserer Gemeinschaft frei entfalten kann.

Nur in einer frei, gerecht und solidarisch gestalteten Gemeinschaft kann soziales Wohlbefinden für möglichst viele erreicht werden. Das ist keine "Zwangsbeglückung" durch "sozialistische" Politik, wie die Union behauptet. Denn wir haben für diese Politik in freien Wahlen einen Wählerauftrag erhalten und sind überzeugt, daß er erneuert wird. Deshalb: Wer wie die Unionsparteien unsere Politik als "staatlichen Zwang" diffamiert, zeigt ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie. Und wer gleichzeitig von den wirklichen Zwängen unserer automatisierten und spezialisierten Arbeitswelt schweigt, läßt ein gestörtes Verhältnis zum Wähler und seinen eigentlichen Sorgen erkennen.

Sozialdemokraten sind gegen eine bürokratische Ausweitung des Staatsapparates. Wir lehnen jede "Verstaatlichung" der Gesellschaft mit Nachdruck ab (Orientierungsrahmen '85). Mit gleicher Entschiedenheit wehren wir uns andererseits gegen die Pläne der CDU/CSU. Staatliche Aufgaben sollen danach wirtschaftlichem Gewinnstreben oder den Interessen der Wenigen ausgeliefert werden, die sich dann mehr leisten können, als der Staat heute allen Bürgern geben kann (z. B. private Hochschulen mit besserer Ausstattung). Dazu will die CDU/CSU den Staat entstaatlichen, d. h. in weiten Teilen privatisieren. Damit würde die Gefahr begründet, daß staatl. Aufgaben zur Beute von Interessengruppen werden.

Die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Private wird von der CDU/CSU seit langem durch unsachgemäße Angriffe auf die öffentlichen Verwaltungen vorbereitet. Sie weckt und nährt das pauschale Vorurteil, daß die private Wirtschaft besser arbeite als der öffentliche Dienst. Die dazu gelieferte Beweisführung ist wegen unzulässiger Verallgemeinerung von Einzelbeispielen nicht stichhaltig, soweit eine solche Beweisführung überhaupt versucht wird.

Diese Angriffe auf den öffentlichen Dienst werden andererseits von vielen Unionspolitikern mit einem Lob für Fleiß und Einsatzfreude der Beschäftigten verbunden. Schließlich geht es der Union bei der Wahl auch um die Stimmen der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst. Also

erklärt sie ihnen, sie seien an den Arbeitsergebnissen, Verwaltungsaufblähungen usw. nicht schuld, sondern der sozialliberale Gesetzgeber und bürokratische Verwaltungsstrukturen. Doppelzüngiger geht es nicht mehr!

Niemand wird behaupten wollen, der öffentliche Dienst sei ohne Mängel. Gerade die Beschäftigten sehen am besten, wo Bürokratisierung oder Leerlauf, wo soziale Spannungsverhältnisse oder Laufbahnmängel auftreten. Diese Probleme löst man aber nicht dadurch, daß man öffentliche Aufgaben gegen sozial- und rechtsstaatliche Gebote abbaut, sondern durch eine Anpassung des öffentlichen Dienstes an die gestiegenen und qualitativ veränderten Aufgaben. Und bei dieser Reform hat die Union stets blockiert.

Was die Union als Verwaltungsaufblähung durch die sozialliberale Koalition bezeichnet, sieht wie folgt aus: Fast 70 v. H. der 1,7 Millionen Beschäftigten in Bund und Ländern sorgen für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen, für die gemeinsame innere und äußere Sicherheit. Die eigentliche Verwaltung (zentrale Verwaltung, politische Führung) stellt in Bund und Ländern dagegen nur einen Anteil von 7,1 v. H. der Beschäftigten.

Der Bund hat bei der Bewilligung neuer Stellen in den vergangenen Jahren strenge Maßstäbe angelegt. Trotz zahlreicher Einsparungen konnte im Ergebnis ein Personalabbau nur deshalb noch nicht erreicht werden, weil auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit, zur Errichtung des Umweltbundesamtes, Bundeszentralregisters und der Bundeshochschulen usw. neue Stellen geschaffen werden mußten (1969 - 1975: insgesamt etwa 2.500 Stellen).

Als Bilanz dieser Zahlen kann festgehalten werden: In unseren Verwaltungen arbeiten Bürger für Bürger. Wir werden uns weiter für eine bürgernahe, leistungsfähige und sparsame Verwaltung einsetzen. Gleichzeitig gilt es, unqualifizierte Angriffe der Union auf den öffentlichen Dienst zurückzuweisen.

Überall, wo in unserer Gesellschaft verwaltet wird, besteht die Gefahr der Bürokratisierung. Bürokratisches Denken und Handeln kann man heute in allen Lebensbereichen feststellen, wenn man als typisches Merkmal die Behandlung des Mitmenschen als "Fall" oder "Nummer" und nicht als Person ansieht. Die Bürokratisierung in diesem Sinne ist gewissermaßen eine "Krankheit" unserer modernen Gesellschaft. Sie kann schon lange nicht mehr in öffentlichen Verwaltungen lokalisiert werden. Wir alle sind aufgefordert, persönlicher und menschlicher miteinander umzugehen als dies wohl häufig der Fall ist. Und die Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen haben einen Anspruch auf ein faires Urteil der Bürger und politisch Verantwortlichen.

(-/24.5.1976/mie/pr)

+ + +

Energie für heute und morgen

Anmerkungen zu einem existentiellen Problem

Von Albert Osswald MdL

Hessischer Ministerpräsident und Landesvorsitzender der SPD Hessen

Energie ist eine Existenzgrundlage moderner hochindustrialisierter Volkswirtschaften; die Sicherung eines ausreichenden Energieangebotes eine unerläßliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum sowie für die Verbesserung der Lebensverhältnisse. Die Ereignisse auf dem Weltenergiemarkt seit dem Oktober 1973 machten auch für die Bundesländer eine Überprüfung der energiewirtschaftlichen Versorgungslage sowie eine Neuorientierung notwendig. Dabei können die Bundesländer energiewirtschaftlich nicht isoliert, sondern nur als Teil des Energieverbundes auf Bundes- ja auf EG-Ebene gesehen werden.

Der rezessionsbedingte Minderbedarf an Energie in der jüngsten Vergangenheit sowie die sicher noch längst nicht ausgeschöpften Möglichkeiten der Einsparung von Energie dürfen jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß durch den begonnenen Wirtschaftsaufschwung mit einem steigenden Energiebedarf zu rechnen ist. Es ist davon auszugehen, daß es auch in Zukunft ein - wenn auch im Vergleich zu früheren Jahren vermindertes - Wachstum des Energieverbrauchs geben wird.

Mit dem erwähnten Hauptziel konkurrieren weitere Ziele, nämlich: preisgünstige Energieversorgung, umweltfreundliche Energieversorgung und vielgestaltige Energieversorgung. Die Bedeutung dieser Nebenziele darf nicht zu gering bewertet werden. Die Versorgungssicherheit ist nicht um jeden Preis, sondern nur zu solchen Preisbedingungen anzustreben, die unter Berücksichtigung der überschaubaren Preis- und Kostenentwicklung nicht zu Wettbewerbsverzerrungen für die Wirtschaft führen. Deshalb kann bei der Abwägung zwischen Sicherheit und Billigkeit nicht die möglichst absolute Sicherheit der Versorgung, sondern nur ein angemessener Mindestsicherheitsgrad als Maßstab gewählt werden.

Das energiepolitische Ziel einer umweltfreundlichen Energieversorgung hat in jüngster Zeit in der öffentlichen Diskussion - besonders im Hinblick auf die Verdichtungsgebiete - an Gewicht gewonnen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings kann es im Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und Energieversorgung in der Regel keine absolute Priorität für das eine oder das andere Ziel, sondern nur einen für beide Bereiche annehmbaren Ausgleich geben. Von diesem Grundsatz gibt es allerdings eine bedeutsame Ausnahme: Bei der Nutzung der Kernenergie hat die Sicherheit der Bevölkerung absolute Priorität.

Neben der verstärkten Kernkraftnutzung werden Kraftwerke auf Kohle- und Erdgasbasis, aber auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, noch einen Beitrag zum Elektrizitätsangebot leisten. Hessen sieht in der mit den Zielen der Raumordnung und des Umweltschutzes abgestimmten Trassen- und Standortplanung eine der Hauptaufgaben ihrer Energiepolitik.

Auf alle Fälle werden in Zukunft Raumordnung und Umweltschutz vor schwerwiegende Fragen der Sicherung von Leben und Gesundheit gestellt. Insbesondere im Bereich von Verdichtungsgebieten wird es immer schwieriger, geeignete Standorte und Freiflächen für Anlagen und den Transport von Energie zu finden. Dies ist eines der wichtigsten Probleme, die aber dringend einer Lösung bedürfen und denen wir nicht ausweichen können.

(-/24.5.1976/mie/pr)

Wichtiger Schritt auf einem langen Weg

Die Sowjetunion läßt Kontrolle von Kernsprengungen zu

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle

In Moskau wurde (am 12. Mai 1976) ein sowjetisch-amerikanisches Übereinkommen über die Begrenzung friedlicher unterirdischer Kernsprengungen paraphiert, in welchem die Sowjetunion zum ersten Male eine ausländische Kontrolle auf ihrem eigenen Territorium zugesteht. Wer sich erinnert, mit wieviel Argwohn und Ablehnung die Sowjetunion der Möglichkeit ausländischer Einsichtnahme nicht nur im technologisch-militärischen Bereich gegenübergestanden hat, wieviele Verhandlungsversuche in dieser Richtung in den letzten zwei Jahrzehnten unternommen worden sind, wird dem amerikanischen Außenminister, Henry A. Kissinger, zustimmen, wenn er das Ergebnis als einen wichtigen symbolischen Schritt bezeichnet.

Wie schwierig die Verhandlungen waren, wird aus der Tatsache deutlich, daß es bis zum Abschluß in einundhalb Jahren sechs Verhandlungsrunden mit insgesamt 93 Sitzungen bedurfte. Im Juli 1974 waren Nixon und Breschnjew in Moskau übereingekommen, keine unterirdischen militärischen Kernexplosionen mehr durchzuführen, bei denen Sprengkraft von mehr als 150 Kilotonnen verwendet wird. Die amerikanische Regierung hat jedoch die Ratifizierung dieses nur militärische Versuche umfassenden Abkommens davon abhängig gemacht, daß es auch zu einer Einigung über friedliche Kernexplosionen kommt. Als Ergebnis der recht schwierigen Verhandlungen wurde nicht nur ein sehr detailliertes System des Austausches von Informationen vereinbart, sondern auch die gegenseitige Kontrolle am Ort.

Das amerikanische Drängen auf ein solches Übereinkommen war insofern besonders berechtigt, als die Sowjetunion sich anschickt, in größerem Umfang Kernsprengungen für friedliche Zwecke durchzuführen. Durch sie sollen

unterirdische Gasdepots errichtet werden, Flüsse sollen umgeleitet und Staubecken geschaffen werden. Man denkt sogar an die Verwendung von Kernexplosionen zur Eindämmung von Bränden bei Erdölquellen. Da die amerikanischen Pläne bis jetzt noch nicht so weit gehen, dürfte es auf Grund des Abkommens vor allem amerikanische Kontrollen auf sowjetischem Boden, aber kaum sowjetische Kontrollen in den USA geben. In den Vereinigten Staaten mußte man daran interessiert sein, daß die Sowjetunion aus den friedlichen Sprengungen keinen militärischen Nutzen zieht.

Auf dem langen Weg zu wirksamen Rüstungskontrollvereinbarungen ist wieder ein kleiner, aber bemerkenswerter Schritt getan worden. Er reiht sich ein in die zahlreichen, mit sehr viel Geduld erzielten Vereinbarungen, angefangen mit dem Antarktisabkommen von 1959 über das Teststop-Abkommen von 1963, das Weltraumabkommen von 1967, den Nichtverbreitungsvertrag von 1968, den Vertrag über das Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1971, die Vereinbarung des Verbots bakteriologischer und Toxin-Waffen von 1972 bis zum ersten SALT-Abkommen von 1972 und dem Übereinkommen über die unterirdischen Kernwaffenversuche von 1974 zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Der neue Verhandlungserfolg bestätigt die Erkenntnisse, daß Rüstungskontrollabmachungen langer, umsichtig und geduldig geführter Verhandlungen bedürfen, daß kurzfristig keine spektakulären Erfolge erzielt werden können. Das neue Übereinkommen macht aber auch deutlich, daß offenbar auch die Sowjetunion dazu bewogen werden kann, lange gehütete politische Leitsätze wie den der Ablehnung jeder ausländischen Kontrolle fallen zu lassen, wenn sie davon überzeugt wird, daß sie damit gleichzeitig ihre eigenen Interessen wahren kann. Die Durchführung friedlicher Kernsprechnungen, auf die die Sowjetunion offensichtlich großen Wert legt, wäre ohne dieses Kontrollabkommen auf große politische Widerstände in der Welt gestoßen und hätte den Ost-West-Dialog empfindlich gestört. So wurde zum ersten Mal eine ausländische Kontrolle auf sowjetischem Boden zugelassen.

Vielleicht wird dieser neue Schritt auch dazu beitragen, weitere Fortschritte in den Verhandlungen um eine Rüstungskontrolle und Abrüstung zu erzielen um zum Beispiel zu Abkommen über ein umfassendes Kernwaffenversuchsverbot zu gelangen.

(-/24.5.1976/ve/pr)

CSU-Minister als "geteilter" Ehrenbürger

Beispiel Nördlingen: Der politische Stil der Strauß-Partei

Im Alleingang hat die CSU-Mehrheit des Nördlinger Stadtrats gegen das Votum der SPD-Minderheit beschlossen, dem Nördlinger CSU-Kreisvorsitzenden und CSU-Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Anton Jaumann, die Ehrenbürgerwürde der Stadt Nördlingen zu verleihen. Diese Würde an einen politisch aktiven Kreisvorsitzenden einer Partei gegen den Willen einer großen Fraktion zu vergeben, wäre schon politisch sinn- und stilwidrig. Diese Würde aber ausgerechnet dem CSU-Wirtschaftsminister anzutragen, kann nur mehr Ausdruck einer Übermütigen, selbstgerechten CSU-Mehrheit im Nördlinger Stadtrat sein, die nur noch ihre Wähler im Auge hat, den Blick für die Verantwortung gegenüber der Gesamtbürgerschaft jedoch längst verlor.

Anton Jaumann beteiligte sich am Santhofener Geheimtreffen und hat sich niemals auch nur mit einem Wort von den für Demokraten unerträglichen Herausforderungen der skandalösen Strauß-Rede distanziert. Wie ihm von Nördlinger SPD-Politikern bescheinigt wird, vermeidet Jaumann auch persönliche Attacken auf den politischen Gegner nicht. Außerdem ist er vehementer Verfechter der Strauß-Parole: "Freiheit oder Sozialismus", mit der Sozialdemokraten diffamiert werden sollen.

Was andernorts von den politischen Kräften geregelt wird, mußte in Nördlingen zwangsläufig zum politischen Skandal auswachsen. Denn: Der CSU-Oberbürgermeister hatte auf die sonst in Stadtparlamenten geübte Praxis bei der Vergabe der Ehrenbürgerwürde verzichtet, mit allen Fraktionen interne vertrauliche Vorgespräche zu führen. Er schuf vollendete Tatsachen und nahm von vornherein den "geteilten" Ehrenbürger Jaumann in Kauf.

So war es nicht verwunderlich, daß die Nördlinger SPD heftig protestierte. Der Nördlinger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Axel Wernitz empfahl Jaumann in einem Schreiben, "Einsicht und Kraft" aufzubringen und auf die An-

nahme der Ehrenbürgerwürde zu verzichten, die nur geeignet wäre, eine schwere Belastung für die Atmosphäre, die innere Geschlossenheit und für den inneren Frieden dieser Stadt zu werden. Wernitz und mit ihm die besonnenen Nördlinger Bürger sorgen sich, unter welchen Vorzeichen künftig z. B. die Landtagswahl 1978 in Nördlingen durchgeführt werden soll. Werde es denn noch ein faires demokratisches Ringen um das Wählervotum geben oder werde künftig nur noch zur selbstverständlichen Bestätigung des Ehrenbürgers Jaumann in Amt und Mandat aufgerufen? Die Ehrenbürgerwürde aus dem Parteienstreit herauszuhalten sei unter diesen Voraussetzungen nicht möglich.

Doch auch die für die Ehrenbürgerwürde Jaumanns vorgebrachten "Verdienstgründe" sind äußerst umstritten. Nach Ansicht der Nördlinger SPD handelt es sich bei den "Leistungen" des Ministers für Nördlingen in den meisten Fällen um Maßnahmen, die nach Recht, Gesetz, Verwaltungsvorschriften und nach gegebener Dringlichkeit auch jeder anderen vergleichbaren Stadt zuteil würden. Wäre es anders, müßte sich Jaumann dem Verdacht aussetzen, entgegen seinem Amtseid seiner Heimatgemeinde auf Kosten anderer Kreise mehr zukommen zu lassen als ihr zustehe. Die vorgelegte Begründung des Antrags hätte eher einer CSU-Wahlbroschüre, etwa zur Landtagswahl, zur Ehre gereicht, meint McB Wernitz; als Grundlage zur Verleihung einer Ehrenbürgerwürde sei sie deshalb ungeeignet, "weil die wahren Sachverhalte einseitig frisiert und partiisch dargestellt sind".

Noch hat Jaumann auf die Ehrenbürgerwürde in Nördlingen nicht verzichtet. Weiterhin besteht die Gefahr, daß das Ehrenbürgerrecht in dieser Stadt von der örtlichen CSU-Stadtratsmehrheit zum parteipolitischen Instrument mißbraucht wird. Die Blamage aber bleibt: Jaumann, der "geteilte" Ehrenbürger!

Horst Freudenthaler
(-/24.5.1976 /ve/pr)

+ + +